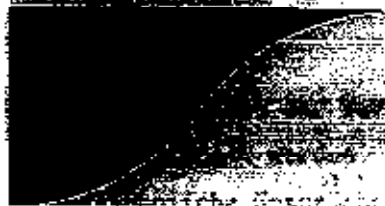


# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 39/39  
Telex: 09 86 846-48 gpbm d



## Inhalt

Kurt Gscheidle MdB, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, wertet die Erweiterung des Telefonverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR als großen Erfolg.

Seite 1/2

Günter Apel, Hamburgs Senator für Bundesangelegenheiten, sieht die Chancen für eine Wiederwahl Scheels zum Bundespräsidenten noch nicht verloren.

Seite 3/4

Lothar Schwartz, Sprecher des SPD-Vorstands, verurteilt die militante Strategie der Unionsparteien in Bayern und Baden-Württemberg gegen die Presse- und Rundfunkfreiheit.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 109-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

33. Jahrgang / 231

1. Dezember 1978

Deutsch-Deutsche Kommunikation verbessert

Weiterer Schritt zur Erleichterung des Telefonverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Ab 15. Dezember 1978, ab 12 Uhr, können vom Bundesgebiet aus weitere 324 Ortsnetze in den DDR-Bezirken Cottbus, Dresden, Frankfurt/Oder, Halle und Potsdam direkt angewählt werden. Mit den bereits seit dem 15. Dezember 1977 in Selbstwahl erreichbaren 305 Ortsnetzen in den Bezirken Leipzig, Magdeburg und Neubrandenburg steigen die Direktwahlmöglichkeiten vom Bundesgebiet in die DDR am 15. Dezember auf insgesamt 629 Ortsnetze an. Zum gleichen Zeitpunkt erweitert die Deutsche Bundespost die Direktwahlmöglichkeiten von Berlin (West) in die DDR: von bisher 645 auf 943 Ortsnetze.

Ebenfalls am 15. Dezember 1978 gehen 72 zusätzliche Telefonleitungen vom Bundesgebiet nach Berlin (Ost) und der DDR in Betrieb.

Wie in Post- und Fernmeldeverkehr insgesamt unterlag auch der Fernsprechverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) über viele Jahre hinweg erheblichen Einschränkungen. Zwischen dem Bundesgebiet und der DDR standen für den Fernsprech-

verkehr bis Mitte 1970 nur insgesamt 34 Leitungen zur Verfügung, über die der Verkehr in beiden Richtungen - und zwar durch Handvermittlung - abgewickelt werden mußte. Dies führte regelmäßig zu stundenlangen Wartezeiten; gewöhnliche Gespräche konnten oft überhaupt nicht abgewickelt werden. Um dennoch möglichst viele Gespräche zu ermöglichen, mußte eine Gesprächszeitbegrenzung auf wenige Minuten eingeführt werden. Zwischen den beiden Teilen Berlins war jeglicher Fernsprechverkehr unmöglich geworden, nachdem die DDR im Mai 1952 die bis dahin zwischen den beiden Teilen der Stadt vorhandenen (annähernd 4.000) Telefonleitungen unterbrochen hatte. Der Fernsprechverkehr zwischen Berlin (West) und der DDR mußte über das Bundesgebiet mitabgewickelt werden.

Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung, die gerade dem Telefonieren als schnellem Kommunikationsmittel zukommt, hat die Bundesregierung schon bei den ersten Kontaktaufnahmen mit der DDR auf einen Ausbau der Fernsprechbeziehungen gedrängt. So hat der innerdeutsche Fernsprechverkehr im Laufe der letzten Jahre einen ganz erheblichen Aufschwung genommen. Ab 15. Dezember 1978 werden insgesamt 941 Leitungen geschaltet sein.

Durch diese Maßnahmen konnte sowohl die Zahl der Telefongespräche in der Zeit von 1970 bis 1977 um 0,7 Millionen auf 12,8 Millionen Gespräche gesteigert und der Telefonkomfort durch die Einführung der Selbstwahl erheblich verbessert werden. Bereits nach dem 15. Dezember 1977, als vom Bundesgebiet aus 305 der rund 1.500 Ortsnetze der DDR in Selbstwahl zu erreichen waren, lag der Anteil der selbstgewählten Gespräche bei 65 Prozent. In Berlin (West), von wo aus damals bereits 645 Ortsnetze der DDR direkt angewählt werden konnten, waren es sogar schon 96 Prozent.

Die Deutsche Bundespost rechnet damit, daß die Ausweitung der Direktwahlmöglichkeiten und die zusätzlichen Telefonleitungen nach der DDR und Berlin (Ost) den innerdeutschen Telefonverkehr nach dem 15. Dezember 1978 um weitere 25 bis 40 Prozent und den Anteil der selbstgewählten Gespräche vom Bundesgebiet aus auf ca. 75 bis 80 Prozent ansteigen läßt.

(-/1.12.1978/ks/lgs)

Das Volk will eine zweite Amtszeit Scheels

---

Siegen Persönlichkeit und Qualifikation über parteipolitische Enge ?

Von Senator Günter Apel

Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Der untaugliche Versuch des CDU-Generalsekretärs Geißler, die Nicht-Wiederwahl von Walter Scheel zum Bundespräsidenten als einen "ganz normalen Vorgang" hinzustellen; seine Aussage, die Amtsperiode von Walter Scheel laufe 1979 aus und es handele sich also gar nicht - wie die Bundesbürger meinen könnten - um eine Abwahl; dies alles ist zwar formal richtig, aber es ist doch nur formales Gerede. Politisch ist es der Versuch, Bürger für dumm zu verkaufen.

Richtig ist, daß die CDU/CSU, wenn sie in der Bundesversammlung im Mai 1979 die Mehrheit haben sollte, jeden Kandidaten durchsetzen könnte, den sie will. Auch Walter Scheel, wenn sie ihn wollte. Aber sie will ihn nicht. Das ist der Punkt. Wie erfrischend - weil ehrlich - wäre es, wenn Herr Geißler bekennen würde: "Die CDU/CSU wird ihre mutmaßliche Mehrheit in der Bundesversammlung - Scheel hin, Scheel her - ausnutzen, um einen CDU-Mann zum Bundespräsidenten zu machen!" An einer solchen Position könnte man sich reiben - aber sie wäre ehrlich und klar. Warum sucht Herr Geißler das zu verschleiern? Er hätte derartiges doch gar nicht nötig. Er ist ein Manager der parteipolitischen Macht - niemand nimmt ihm das übel.

Stattdessen spricht Herr Geißler von der zu Ende gehenden Amtsperiode von Walter Scheel und sucht Verständnis dafür zu gewinnen, daß die CDU den allseits geachteten, tüchtigen, ja beliebten Bundespräsidenten "unter solchen Umständen" doch nicht im Amt belassen könnte. Das ist schon ein starkes Stück! Man will - auch bei der Wahl des Bundespräsidenten - parteipolitische Mehrheitsposition ausspielen, aber man ziert sich, dies offen zu sagen, ja man leugnet bei der CDU dieses allein machtpolitische Motiv!

Gerade damit aber ist Herr Geißler voll auf dem Clatteis. Wenn es kein partei- und machtpolitisches Spiel wäre, das hier getrieben wird - was ist es dann? Nichts

gegen Herrn Carstens - er ist ein ehrenwerter Mann: Aber ist er - als Bundespräsident - besser als Walter Scheel? Wird hier nicht gerade umgekehrt dem unbestritten - doch auch bei der CDU unbestritten - qualifiziertesten Mann, der Weg in eine weitere Amtsperiode verstellt? Einem Mann, der durch souveräne Überparteilichkeit wesentlichen Anteil daran hat, dieses Amt aus den (auf anderen Ebenen notwendigen) Parteienstreit herauszuhalten und gerade deshalb zu großem Ansehen zu bringen.

Natürlich ist klar: In der Bundesversammlung gibt es parteipolitische Mehrheiten. Niemand kann eine Partei daran hindern, diese Karte auszuspielen. Angesichts dieses Sachverhaltes aber so zu tun, als sei man bei der CDU wegen des Endes der Amtszeit Scheels sozusagen in einer Zwangslage, und nun müsse man - ob man wolle oder nicht - einen anderen Kandidaten produzieren, das ist unaufrichtig.

Aus guten Gründen haben die Väter des Grundgesetzes die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk ausgeschlossen. Die unseligen Wahlen der Reichspräsidenten in der Weimarer Republik sind unvergessen. Aber es ist doch nicht abwegig zu behaupten: Gäbe es in der Bundesrepublik - nur einmal das Gedankenspiel - ein solches Plebiszit - der neue Bundespräsident hieße auch in den nächsten Jahren Walter Scheel. Ob Herr Geißler das anders sieht? Oder wenigstens eine ausreichend große Zahl seiner Parteifreunde? Jüngste Meldungen lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß Persönlichkeit und Qualifikation des gegenwärtigen Bundespräsidenten über parteipolitische Enge siegen könnten. Damit wäre auch dem Amt gedient.

(-/1.12.1978/vo-he/hgs)

### Militante Unionsstrategie gegen Presse- und Rundfunkfreiheit

---

In Bayern und Baden-Württemberg wächst der Druck gegen die Journalisten

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstands

Die militante Strategie der Unionsparteien gegen Presse- und Rundfunkfreiheit wird immer schrankenloser. Neue Tiefpunkte dieser auf Aushöhlung und Abbau wichtigster Grundpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens gerichteten Kampagne sind in dieser Woche auf der rechtskonservativen Südschleife gesetzt worden. Die verbale Brutalität, mit der dies aus dem CSU-Hauptquartier in München gegenüber dem Deutschen Presserat und aus Filbingers neuem Kommandostand in Stuttgart gegenüber dem Süddeutschen Rundfunk geschehen ist, macht betroffen. Diese Sprache erinnert peinlich an das Vokabular in Diktaturen beim Umgang mit journalistischer Unabhängigkeit, aber auch an den spezifischen Wortschatz, wie er sich in der "Medienkritik" von Organen am rechtsradikalen Rand unserer publizistischen Landschaft spiegelt.

Der neue CSU-Generalsekretär Stoiber hat mit seiner Beschimpfung des aus angesehenen Verlegern und Journalisten zusammengesetzten Deutschen Presserats, dem er Beihilfe zur "Pervertierung der Pressefreiheit in der Bundesrepublik" vorwirft, seine Entschlossenheit bekundet, an die anmassende und aggressive Zensorenrolle seines Vorgängers Tandler nahtlos anzuknüpfen.

Der Pressesprecher des CDU-Landesverbandes von Baden-Württemberg hat den Süddeutschen Rundfunk der Manipulation bezichtigt, weil ein überlanges Interview mit dem CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten a.D. Hans Karl Filbinger aus redaktionellen Gründen gestraft werden sollte, natürlich einvernehmlich mit dem Gesprächspartner. Diesen Vorgang zu einem Skandal aufbauschen zu wollen, ist bezeichnend für die ungebrochene Selbstherrlichkeit Filbingers und seine rüden Umgangsformen mit Journalisten. Man erinnert sich dabei an ein "Redaktionsgespräch", das der damalige Ministerpräsident Filbinger am 3. Dezember 1977 mit der "Badischen Zeitung"

geführt hatte. Dabei hatten Filbinger und sein Tross sechs Redakteure in einer Weise abzukanzeln versucht, die zur Anrufung des Deutschen Presserates führte.

Was rechtskonservative Unionspolitiker unter unabhängigem Journalismus verstehen, haben kürzlich der neue bayerische Landtagspräsident Franz Heubl (CSU) in München und jetzt der CDU-Landesvorsitzende Hans Filbinger in Stuttgart als Interviewpartner in aller Öffentlichkeit und Deutlichkeit demonstriert. Bei diesen Vorgängen und ihren Folgen wurde allerdings ein bemerkenswerter Unterschied in den Redaktionen der Funkhäuser auf die vorliegenden Anmaßungen erkennbar.

Der Bayer Heubl verbat sich eine Frage zu seinen wechselhaften persönlichen Beziehungen zu Franz Josef Strauß. Der darauf beharrende Reporter wurde durch Fernsehchefredakteur Mühlfenzl aus dem Verkehr gezogen und durch einen Interviewer von Heubls Gnaden ersetzt.

Der Badener Filbinger stieß mit seinen Forderungen und Interventionen beim Süddeutschen Rundfunk auf klare Zurückweisung durch Intendanz und Chefredaktion.

Damit wurde in Stuttgart ein Zeichen für den publizistischen Selbstbehauptungswillen im Bereich der elektronischen Medien gesetzt. Allerdings ist dort nur eine Schlacht im Abwehrkampf gegen Druck und Drohung in die Funkhäuser hinein gewonnen worden. Ob dieses ermutigende Signal die Abwehrbereitschaft auch in allen anderen Sendeanstalten mobilisieren oder reaktivieren wird, bleibt abzuwarten. Es ist im Interesse unserer freiheitlichen Gesellschaft und ihrer demokratischen Strukturen zu hoffen.

(-/1.12.1978/ks/hgs)

+ + +